

## Die deutsche Sozialdemokratie und der nationalsozialistische Antisemitismus, 1933-1938

Von David Bankier

Die fachwissenschaftliche Literatur über das Verhältnis der deutschen Linken zur „Judenfrage“ konzentriert sich vor allem auf das ausgehende neunzehnte Jahrhundert und die Weimarer Republik<sup>1</sup>. Über die Zeit nach der Machtübernahme der Nazis wurde hierzu bislang nur sehr wenig oder fragmentarisch geschrieben. Im vorliegenden Beitrag möchte ich versuchen, diese Lücke zumindest teilweise zu füllen, und der Frage nachgehen, ob die nationalsozialistische Judenpolitik die deutsche Sozialdemokratie zu einer Überprüfung ihrer Standpunkte in dieser Frage bewegt hat.

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die deutsche Linke die antisemitische Bewegung als ideologischen und politischen Feind betrachtete und sporadischen Antisemitismus in ihren Reihen als mißverstandenen Antikapitalismus verurteilte. Von August Bebel stammt der bekannte Ausspruch, der Antisemitismus sei der „Sozialismus der dummen Kerls“. Diese Haltung prägte die Sozialdemokratie auch in der Zeit der Weimarer Republik. Offener Antisemitismus war selten unter Sozialdemokraten und widersprach der offiziellen Parteilinie<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup> Siehe zur reichhaltigen Literatur zu diesem Thema z.B. Edmond S. Silberner, *Sozialisten zur Judenfrage*, Berlin 1962; Helmut H. Knütter, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933*, Düsseldorf 1971; Donald L. Niewyk, *Socialist, Antisemite and Jew: German Social Democracy Confronts the Problem of Anti-Semitism 1918-1933*, Baton Rouge 1971; George L. Mosse, „German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic, *LBIYB*, 16 (1971), 123-150; Peter Pulzer, *Jews and the German State*, Oxford 1992, 261ff.

<sup>2</sup> Ingrid Belke deutet in ihrer eingehenden Untersuchung der Weimarer Republik auf die Beharrlichkeit judenfeindlicher Motive hin, die so selbstverständlich geworden seien, daß niemand mehr daran Anstoß genommen habe. Vgl. Ingrid Belke, „Antisemitismus habe ich nur in den Zeitungen zu spüren bekommen, im Leben nie“. Tucholsky und der Antisemitismus bis 1933“, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 5 (1996), 67-86; vgl. auch die Bemerkungen von Thomas Hartwig, dem Präsidenten der internationalen proletarischen Freidenker, wonach die

Was die linke Einschätzung des Phänomens der Judenfeindschaft an sich betraf, war ihre Sicht des Gewichts des Antisemitismus in der NS-Ideologie von derselben ideologischen Verblendung getrübt, die auch schon zu einer krassen Unterschätzung der nationalistischen Bewegung geführt hatte. Abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Ernst Bloch oder Walter Benjamin, der die große Anziehungskraft der Mythen und Utopien der rassistischen Rechten auf die Massen in Deutschland richtig erkannte, unterschätzte die Mehrheit der Linken sowohl die integrative Kraft der irrationalen Elemente des Nationalsozialismus als auch den Faktor Hitler. Die politischen Beobachter der Linken stuften die nationalsozialistische Bewegung als vorübergehenden instabilen Zusammenschluß der Massen ein, die den demagogischen Manipulationen im Dienste des Großkapitals zum Opfer gefallen waren. Ihr Augenmerk galt vor allem dem instrumentellen Aspekt der Hetze gegen die Juden, d.h. sie hielten den Antisemitismus für ein gewöhnliches politisches Instrument bzw. für demagogische Taktik zur Destabilisierung der Republik. Zusammen mit anderen Bewegungen hielt die Sozialdemokratie somit an einer vereinfachten Sicht der Dinge fest und erlag schließlich einer krassen Fehleinschätzung der ideologischen Entschlossenheit der Antisemiten und der Ernsthaftigkeit der Absichten Hitlers und seiner Bewegung. Es stellt sich nun die Frage, ob die antisemitische Politik, die mit dem nationalsozialistischen Erfolg von 1933 begann und mit der Vernichtung des europäischen Judentums endete, eine Änderung dieser Sichtweise bewirkte.

## 1

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik zwang die SPD-Führung ins Prager Exil, und nachdem sich die Partei vom großen Schlag erholt hatte, erschien das Parteiorgan *Vorwärts* im Juni 1933 neu unter dem Namen *Neuer Vorwärts*. Bereits in ihrer zweiten Ausgabe berichtete die neue Parteizeitung über antisemitische Vorgänge in Nazideutschland, nachdem die sozialdemokratische Presse dem Thema Antisemitismus in den Jahren 1929 bis 1933 im Durchschnitt nur einen Artikel in jeder fünften Ausgabe gewidmet hatte<sup>3</sup>. Nach der

---

Juden dazu neigten, den Antisemitismus in dieser Organisation zu ignorieren, da es „sogar innerhalb der Freidenker-Bewegung insbesondere in Deutschland und Österreich einen deutlich ausgeprägten Antisemitismus gab“. Thomas Hartwig, *Sozialistische Warte*, 11. März 1938, 236.

<sup>3</sup> Niewyk, *Socialist, Antisemit and Jew* (Anm. 1), 122.

Machtübernahme Hitlers nahm die Zahl der Nachrichten, Artikel und Kommentare über die Judenverfolgung deutlich zu, wie auch aus den monatlichen Berichten der Sopade (SPD-Vorstand im Exil) über das Geschehen im Reich hervorgeht, die nach Prag geschmuggelt und dort von der Parteiführung für Propaganda gegen die Nazis verwendet wurden. Doch allein die Häufigkeit der Berichterstattung zur „Judenfrage“ im Dritten Reich läßt natürlich keinerlei Schlußfolgerungen in der hier behandelten Angelegenheit zu. Hierzu wären Inhalt und Kontext dieser Berichte näher zu untersuchen.

Die sozialistische Theorie spielte den Antisemitismus bekanntlich herunter und stufte ihn als Unterkategorie eines breiteren Problems, d.h. der Sozialen Frage bzw. des Klassenkampfes ein. Gemäß dieser Sichtweise wurde der moderne Judentumshass in den Zusammenhang der wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums gestellt. Die Linke machte für die Judenhetze den Kapitalismus verantwortlich, dem sie den Mißbrauch latenter jüdenfeindlicher Gefühle in der Bevölkerung als Versuch der Ablenkung vor den eigentlichen Problemen zur Last legte. Dasselbe Erklärungsmodell diente den Sozialdemokraten bei der Analyse des nationalsozialistischen Antisemitismus. Dieser unterschied sich nach sozialdemokratischer Lesart nicht von früheren Formen der Judenfeindschaft, die ebenso als Unterdrückungsinstrument eines autoritären Regimes dargestellt wurde, das dem deutschen Bürgertum das Überleben garantieren sollte. Die Sozialdemokraten betonten, der Antisemitismus diene dem Nationalsozialismus nur als Vorwand zur Verschleierung seiner wahren Absichten, nämlich der Zerstörung der demokratischen Institutionen und der Unterdrückung der Opposition. Genau deshalb sei er zu bekämpfen – nicht weil er sich gegen die Juden richte, sondern weil er das Naziregime stärke. Die Verurteilung der jüdenfeindlichen Politik, glaubten die Sozialdemokraten, würde das wahre Gesicht des Nationalsozialismus ans Licht bringen.

Unter den linken Beobachtern gingen die Meinungen über die Gründe der antisemitischen Exzesse im Dritten Reich freilich auseinander. Zum einen wurde dargelegt, das Regime versuche mit seiner jüdenfeindlichen Politik von seiner Unfähigkeit abzulenken, die gemachten Versprechen einzulösen und durch den Raub des jüdischen Eigentums die Wirtschaft zu sanieren. Andere sahen den Antisemitismus als Folge des Sozialdarwinismus innerhalb des NS-Regimes, d.h. als Mittel im Machtkampf zwischen den verschiedenen NSDAP-Institutionen. Wie dem auch sei, die Schlußfolgerung war stets dieselbe: Der Antisemitismus sei ein künstliches Phänomen zur Ablenkung allein, und das Wesen des

Nationalsozialismus nicht die „Judenausrottung, sondern die Unterdrückung der Arbeiterklasse“<sup>4</sup>.

In diesem Geiste waren auch die Kommentare im *Neuen Vorwärts* zu den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935 formuliert. Im Mittelpunkt der Berichterstattung über den NSDAP-Parteitag in Nürnberg standen die Spannungen zwischen der NSDAP und den staatlichen Institutionen des Dritten Reiches. Die Rassegesetze wurden nur am Rande erwähnt. Die Journalisten maßen diesen Gesetzen keine besondere Bedeutung bei. Sie symbolisierten in ihren Augen nichts weiter als die Umfunktionierung der NSDAP zu einem Unterdrückungsinstrument der alten reaktionären Kreise des Reiches – der Armee und des Großkapitals<sup>5</sup>. Die wenigen Beiträge, die sich spezifisch mit der „Judenfrage“ beschäftigten, konzentrierten sich auf die Sommerkrawalle, die als Auslöser für die Rassengesetzgebung und als Zugeständnis des Großkapitals an Streicher und den radikalen Flügel der NSDAP gewertet wurden.

Hierbei ist zu betonen, daß es sich bei diesen Motiven keineswegs um bloße politische Rhetorik handelte, die auf ein breites SPD-Publikum zugeschnitten war. Die Linie des *Neuen Vorwärts* entsprach derjenigen der angesehenen wissenschaftlichen *Zeitschrift für Sozialismus*, die sich an ein gebildetes Publikum richtete. Sämtliche Beiträge zur jüdischen Thematik kreisten um die bekannten Thesen: Die Judenverfolgung sei nichts weiter als ein Instrument, um die Unterdrückung zu beschleunigen und die Diskriminierung anderer Regimegegner öffentlich zu legitimieren. So wurde etwa die Ausgrenzung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, einschließlich der „Arisierung“ jüdischen Eigentums, auf der Grundlage dieses theoretischen Modells erklärt. Die Ausgrenzung der Juden erfolgte demnach aus zwei funktionalen Gründen, nämlich zur Arbeitsbeschaffung für NSDAP-Parteimitglieder und breitere Kreise der Bevölkerung, durch die wiederum Abhängigkeit vom Regime geschaffen werde.

Bemerkenswert ist der Umstand, daß im *Neuen Vorwärts* wiederholt auf den *pornographischen* Stil des *Stürmers* hingewiesen wurde. Offensichtlich bezweckte die häufige Verwendung dieses Arguments, Streicher und indirekt den Nationalsozialismus

---

<sup>4</sup> „Das Wesen des Faschismus ist ja nicht Judenausrottung, sondern Unterdrückung der Arbeiterklasse“, *Neuer Vorwärts*, 1.9.1935; Julius Civilis, „Verdächtige Judenfreunde“, ebenda; Otto Wels, „Gegen die Rassenhetze“, ebenda, 8.9.1935; „Antisemitismus und Nationalsozialismus“, ebenda, 19.1.1936.

<sup>5</sup> „Streicher befiehlt dem Staat“, ebenda, 22.9.1935; „Was Hitler Streicher versprochen hat“, ebenda, 12.5.1935.

allgemein der Lächerlichkeit preiszugeben. Die Journalisten des sozialdemokratischen Wochenmagazins gingen offensichtlich davon aus, daß der wiederholte Hinweis auf die sexuellen Störungen der Nationalsozialisten das krankhafte Wesen der Antisemiten und damit das wahre Gesicht der judenfeindlichen Politik entblößen würde. So wurde etwa in einem ausführlichen Artikel über die Emanzipation die nationalsozialistische Rassenlehre auf sexuelle Störungen reduziert bzw. auf den Versuch, diese Störungen durch Ideologien und pseudowissenschaftliche Doktrinen zu kaschieren<sup>6</sup>. Neben der Bestrebung, die Nazis als groteske Figuren darzustellen, schien sich die Linke, das ideologische Element nicht ernst nehmend, auf psychologistische Theorien zu stützen und den Antisemitismus als kollektive Pathologie zu deuten: Der antisemitische Rassismus komme den seelischen Bedürfnissen unterprivilegierten Kreise entgegen, die bestrebt seien, gesellschaftlich aufzusteigen und ihre Zugehörigkeit zur herrschenden Gruppe durch den Judenhaß zu bestätigen.

Im Vergleich zu den Veröffentlichungen im Ausland, ergeben die Inhalte illegal im Reich gedruckter oder ins Reich geschmuggelter Schriften ein ganz anderes Bild: Bis November 1938 beschäftigte sich von Hunderten von Veröffentlichungen des sozialdemokratischen Untergrundes keine einzige mit der Judenverfolgung. Über den Grund läßt sich nur spekulieren: Möglicherweise war die „Judenfrage“ für den sozialdemokratischen Untergrund angesichts der eigenen Probleme nicht wichtig genug oder vielleicht waren die Sozialdemokraten nicht daran interessiert, die in der deutschen Bevölkerung, sogar in Arbeiterkreisen, nicht unpopuläre antisemitische Politik zu kritisieren. Was auch immer der Grund gewesen sein mag, angesichts der Welle von Angriffen im Jahre 1938 und besonders der Kristallnacht änderte sich das Bild. Die Sozialdemokraten sowohl im Reich als auch außerhalb zeigten nun mehr Sensibilität für die Verfolgung der Juden.

Die neue sozialdemokratische Aufmerksamkeit für die Judenverfolgung spiegelte sich auch in den Berichten der Gestapo wider. Aus ihnen erfahren wir beispielsweise, daß die SPD-Parteizentrale ihre Verbindungsleute im Reich um Einzelheiten über die Judenverfolgung gebeten hatte. Dieses Material bildete dann die Grundlage für die scharfe Verurteilung der NS-Übergriffe auf Juden und jüdisches Eigentum in Deutschland<sup>7</sup>. Im *Neuen Vorwärts* wurde zu jener Zeit wöchentlich über Verhaftungen, „Arisierung“ und

---

<sup>6</sup> Andreas Howald, „Das Ende der Judenemanzipation. Von der Humanität zur Sexualpathologie des Dritten Reiches“, ebenda, 20.10.1935.

<sup>7</sup> Gestapo, Jahresbericht über die Sozialdemokratie 1938, Bundesarchiv, Potsdam, R58/412; Gestapo Berlin, Lagebericht über die marxistische Bewegung, November 1938, Yad Vashem Archives, JM/2834.

diskriminierende Gesetzgebung berichtet. Zudem versuchten die deutschen Sozialdemokraten andere sozialistische Parteien für die gemeinsame Verurteilung der Verfolgungen zu gewinnen. So veranlaßten Mitglieder der SPD-Führung im Pariser Exil zusammen mit der sozialistischen Partei Frankreichs eine gemeinsame Protesterklärung<sup>8</sup>.

Zu den öffentlichen Protesten gegen die NS-Politik und die Kristallnacht gesellten sich Initiativen der SPD-Führung im Hintergrund. Führende Mitglieder der SPD brachten die „Judenfrage“ in der Zweiten Internationalen zur Sprache, und Vertreter des Außenausschusses der deutschen Gewerkschaften im Exil machten entsprechende Vorstöße bei Verhandlungen in Kopenhagen<sup>9</sup>. Auf diplomatischer Ebene versuchten SPD-Vertreter, Juden bei der Auswanderung aus dem Reich zu helfen und setzten sich im internationalen Bereich für die Flüchtlinge ein. Hierzu sind etwa die Versuche von Rudolf Breitscheid und Philipp Scheidemann zu rechnen, den dänischen Justizminister anlässlich von Gesprächen unter anderem für die Aufhebung der Einreisebeschränkungen für Juden nach Dänemark zu gewinnen<sup>10</sup>.

Aus dem Gesagten wird deutlich, daß sich die Sozialdemokratie öffentlich klar vom nationalsozialistischen Antisemitismus distanzierte und alles in ihrer Macht stehende unternahm, um die Not der Verfolgten zu lindern. Ebenso klar zeigt sich jedoch, daß die neue Realität die grundsätzlichen ideologischen Standpunkte der Sozialdemokratie zum Wesen der „Judenfrage“ nicht verändert hat. Trotz Verschärfung der antijüdischen Politik im NS-Staat spielte die Sozialdemokratie den Antisemitismus in der Naziideologie und -politik nach wie vor herunter und hielt unverändert an ihrem Standpunkt fest, daß die Juden nicht der Hauptfeind des Dritten Reiches seien, sondern von der NS-Führung nur als Versuchsballon für die spätere Verfolgung anderer benutzt würden, da sie das schwächste Glied der Gesellschaft darstellten. Doch eine ausgeglichene Darstellung kann sich natürlich nicht auf die offiziellen Äußerungen, die öffentlichen Erklärungen und die Vorgehensweise einer politischen Bewegung in der Öffentlichkeit beschränken. Die Untersuchung zum

---

<sup>8</sup> Protesterklärung von deutschen und französischen Sozialisten gegen die Kristallnacht, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, ISK Box 36.

<sup>9</sup> Marlis Buchholz/Bern Rother (Hg.), *Der Parteivorstand der SPD im Exil*, Bonn 1995, 155.

<sup>10</sup> Gestapo Berlin, Lagebericht über Kommunismus. November 1938, Bundesarchiv Potsdam R58/584; Gestapo Berlin, Lagebericht über die marxistische Bewegung, Yad Vashem Archives, JM/3448.

vorliegenden Thema muß noch weitere Aspekte der historischen Realität berücksichtigen, will sie dem Anspruch der Aussagekräftigkeit genügen. Tatsächlich ergeben sich etwa aus der Untersuchung des Judenbildes der linken Bekämpfer des Antisemitismus vielschichtigere Schlußfolgerungen als aufgrund des Obengesagten zu erwarten wäre.

## 2

Aus dem vorliegenden Quellenmaterial geht hervor, daß sich die Bekämpfung des Antisemitismus durchaus auch mit der Äußerung von Vorurteilen gegen Juden vereinbaren ließ. Ein deutliches Beispiel solcher Duplizität findet sich in den Tagebüchern von Alfred Kantorowicz, selbst jüdischer Abstammung und Mitautor einer Propagandaschrift gegen die Nazis, des sogenannten „Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror“, das von deutschen Exilpolitikern in Paris verbreitet wurde<sup>11</sup>. In seinem Beitrag über die Judenverfolgung in Deutschland zählt Kantorowicz die Übergriffe gegen die Juden auf und verurteilt sie scharf. Dazu im Widerspruch scheint jedoch sein eigenes Verhältnis zu den Juden zu stehen. In seinem Tagebuch beschreibt er die Juden als „fast so verabscheuenswürdig, wie der Stürmer sie darstellt. Geduckte Frechheit, Roheit (nur gemildert durch körperliche Kleinheit), plump, plattfüßig, watschelnd, lärmend gemein.“<sup>12</sup>. Es handelt sich gewiß um einen extremen Fall nicht ohne gewisse Elemente von Selbsthaß. Er bildet jedoch im Hinblick auf das linke Judenbild keine Ausnahme.

In der sozialdemokratischen Literatur und Presse finden sich zwar keine vulgären Ausfälle dieser Art, wohl aber ausdrückliche oder implizite Distanzierungen von den Juden als „bürgerliche Gruppe“. Oft war zum Beispiel die Verurteilung der Verfolgung vom Vorwurf begleitet, nur eine Minderheit der Juden wisse die Leistungen der Sozialdemokratie für die Juden zu schätzen. Die Mehrheit distanzieren sich von der Arbeiterbewegung. Dieser Standpunkt wurde sehr deutlich von Friedrich Stampfer, auch er jüdischer Abstammung, in einem Aufsatz über das Verhältnis zwischen dem Judentum und der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht. Stampfer, Mitglied des SPD-Parteivorstands und bis 1935 Chefredakteur des *Neuen Vorwärts*, stellte der Großzügigkeit des deutschen Sozialismus und dessen

---

<sup>11</sup> World Committee for the Victims of German Fascism (ed.), *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror*, n.p. 1933.

<sup>12</sup> Ursula Büttner/Angelika Voss (Hg.), Alfred Kantorowicz, *Nachtbücher. Aufzeichnungen im französischen Exil 1935 bis 1939*, Hamburg 1995, 170.

Bereitschaft, für die Rechte der Juden zu kämpfen die Undankbarkeit der Juden selbst gegenüber. Nur mittellose Juden hätten die Sozialdemokratie unterstützt. Das jüdische Bürgertum sei dem Sozialismus gegenüber reserviert oder im besten Fall gleichgültig geblieben<sup>13</sup>. Nun könnte man behaupten, der *Neue Vorwärts* sei ein Parteiorgan und als solches den Interessen der Partei verpflichtet gewesen. Angesichts ihrer Not habe Stampfer deshalb in seinem Artikel bei potentiellen Verbündeten um Unterstützung geworben. Doch abgesehen vom Aufruf an das jüdische Bürgertum, seine Schuld einzulösen und sich dem Kampf gegen Hitler anzuschließen, offenbart Stampfers Beitrag auch den verbreiteten linken Vorwurf, daß sich die Juden mit den Interessen des Kapitalismus identifizierten. Daran konnte auch die Tatsache, daß die SPD mit jüdischen Organisationen, besonders mit dem *Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, zusammenarbeitete, nichts ändern. Selbst wenn die bislang noch unbewiesene Annahme zutrifft, daß die jüdischen Wähler in den letzten Tagen der Weimarer Republik mehrheitlich SPD wählten<sup>14</sup>, gingen beide Seiten, die jüdischen Wähler und die Sozialdemokraten, davon aus, daß es sich dabei um ein befristetes Bündnis gegen einen gemeinsamen Feind handelte und daß die deutschen Juden weiterhin dem kapitalistischen Liberalismus verpflichtet waren. Der Vorwurf der konservativen Identität und mangelnden Loyalität der Juden gegenüber dem Sozialismus klingt auch im Schreiben des Vorsitzenden des SPD-Vorstandes im Exil, Hans Vogel, an Leon Kubowitzki vom Jüdischen Weltkongreß an. Im November 1943 hatte sich Kubowitzki bei Vogel über die Haltung der SPD gegenüber potentiellen jüdischen Rückkehrern nach Deutschland nach dem Sturz Hitlers erkundigt. In seiner Antwort stellte sich Vogel gegen Diskriminierung jeder Art und versprach die volle Wiederherstellung der Bürgerrechte für Juden. Einschränkend fügte er jedoch folgendes hinzu:

"Der Erfolg dieser Politik wird nicht allein von der Stärke der kommenden deutschen Arbeiterbewegung und der übrigen Kräfte der deutschen Demokratie, sondern auch von dem Verhalten der deutschen Juden selbst mit abhängen. Die deutschen Juden, die nach Deutschland zurückkehren, müssen durch ihre politische Haltung und durch ihr praktisches

---

<sup>13</sup> Friedrich Stampfer, „Rasse, Christentum, Sozialismus, Judentum und Sozialdemokratie“, *Neuer Vorwärts*“, 4.9.1938.

<sup>14</sup> Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968.



Verhalten erkennen lassen, daß sie sich allein verbunden fühlen mit den fortschrittlichen und demokratischen Kräften des deutschen Volkes."<sup>15</sup>

Damit deutete Vogel an, daß die Gleichberechtigung an gewisse Bedingungen geknüpft ist. Zuerst müßten sich die Juden von den Rechtsparteien distanzieren. Erst dann könnten sie Rechte einfordern.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten verstärkten das gegenseitige Mißtrauen und verdeutlichten die Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und den Juden. Neben dem bürgerlichen Image der Juden führte auch der Alleinanspruch auf den Status des Opfers zu ständigen Spannungen zwischen Juden und Sozialdemokraten. Dieser Anspruch wurde sowohl von sozialdemokratischer als auch von jüdischer Seite erhoben. Insofern legte die Sozialdemokratie großen Wert darauf zu betonen, daß sich die Hitler-Diktatur auch gegen Nichtjuden richtete. Dies erklärt wiederum den Umstand, daß Berichte über die Judenverfolgungen in den SPD-Publikationen stets in die allgemeine Berichterstattung über Verfolgung der illegalen Opposition und die Unterdrückung anderer Bevölkerungsgruppen im Dritten Reich eingefügt waren. Dadurch war es nicht nur möglich, dem brutalen Vorgehen des NS-Regimes einen politischen Kontext verleihen, sondern auch den Eindruck zu vermeiden, daß die Juden die einzigen Opfer des Dritten Reiches waren.

Ein weiterer, nicht weniger bedeutender Streitpunkt, der das jüdisch-sozialdemokratische Verhältnis belastete, war die Debatte über das „andere Deutschland“ bzw. die Frage des allgemeinen Konsenses über Hitler und der Unterstützung des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen versuchten die linken Exilpolitiker mit allen Mitteln zu beweisen, daß viele Deutsche sich mit den sozialistischen Ideen identifizierten und somit nicht antisemitisch sein konnten. Demgegenüber betrachtete die jüdische Presse die Behauptung, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen nichts mit dem Antisemitismus zu tun hatte, als reine Schutzbehauptung. Die Vorwürfe der jüdischen Presse, die mehrheitlich dem Standpunkt des antideutschen britischen Diplomaten Robert Vansittart folgte, daß der deutschen Nation eine Kollektivschuld anzulasten sei, wurde von SPD-Exilpolitikern als pauschale Verunglimpfung zurückgewiesen. Sie sei überhaupt nur möglich, weil das „andere Deutschland“ unterdrückt und terrorisiert werde. Schließlich füllten nicht nur Juden, sondern auch Sozialdemokraten,

---

<sup>15</sup> Hans Vogel to Leon Kubowitzki, 6 January 1944, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich Ebert Stiftung, Bonn, Sopade, Mappe 142.

Kommunisten, Katholiken und Protestanten die Konzentrationslager und Gefängnisse<sup>16</sup>. Gemäß dieser Argumentation wurden die Kristallnacht-Pogrome als Aktionen der SS und SA dargestellt und das deutsche Volk von jeder Schuld freigesprochen<sup>17</sup>.

Der Vorwurf der Überbetonung des jüdischen Themas in der Anti-Nazipropaganda bildete einen weiteren Reibungspunkt zwischen Juden und der deutschen Linken. Er ging weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus. Intellektuelle und politische Aktivisten unterschiedlicher Ausrichtung bezeichneten die jüdische Thematik wiederholt als zweitrangiges Thema, das völlig übertrieben zur Geltung gebracht werde. Sogar der Humanist und entschiedene Antisemitismusbekämpfer Heinrich Mann brachte diese vorherrschende Meinung in einer Streitschrift zum Ausdruck: Die Propaganda der Emigration richte sich noch immer fast allein gegen die Judenverfolgungen. [...] Ein Fehler sei doch vielleicht, daß in den Riesenversammlungen mehrerer Kontinente nur oder hauptsächlich die Klagen der Juden erschallen würden<sup>18</sup>. Sein Neffe, Klaus Mann, wurde noch deutlicher. In einer Filmkritik zu Chaplins GROßEM DIKTATOR, schrieb er unter anderem:

„Nichts ist falscher als die Nazitortur als unangenehme Erfahrung nur der Juden darzustellen. Hitlers schändlicher Antisemitismus hat in unserer Propaganda bereits eine zu große Rolle gespielt. Ich habe es immer für einen schweren Fehler gehalten, diesen Blickwinkel überzubetonen... Was der Führer den Polen und Griechen angetan hat, ist mindestens so schlimm wie was er den Juden antut.“<sup>19</sup>

Auch die große Zahl von Exilanten jüdischer Abstammung an vorderster Front im antifaschistischen Lager wurde von vielen Sozialdemokraten als hinderlich oder sogar als schädlich für die eigenen Ziele empfunden. Die Vorbehalte gegen die starke jüdische Präsenz

---

<sup>16</sup> Otto Wels, „Gegen die Rassenhetze“, *Neuer Vorwärts*, 8.9.1935; dieses Argumentationsmodell wurde auch zur Erklärung der Rassengesetzgebung in Italien verwendet. Vgl. dazu G. Benjamin, *Die Nutznießer des antisemitischen Kurses in Italien, Anfang September 1938*, Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, IJB/ISK, Box 36.

<sup>17</sup> Friedrich Stampfer, „Hat das deutsche Volk Schuld?“, *Neuer Vorwärts*, 4.12.1938.

<sup>18</sup> *Die neue Weltbühne* (1933), Nr. 50 (14.12.1933), 1560; Heinrich Mann, *Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays*, Berlin 1960, 12.

<sup>19</sup> Englisches Originalzitat in: Klaus Mann, *What is wrong with Anti-Nazi-Films*, *Decision*, 2 (Aug. 1941), 33.

fehlen natürlich in der Presse, gehen jedoch klar aus Dokumenten hervor, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren. So findet sich etwa die Bemerkung des SPD-Vorstandsmitgliedes Wilhelm Sollmann, es diene nicht der Sache, daß von den fünfzig Mitgliedern von Willi Münzenbergs „Volksfront“ in Paris die Hälfte Juden seien oder daß der jüdische Journalist Georg Bernhard in der Führung des Kampfes gegen Hitler so sehr hervortrete. Die herausragende Rolle der Juden in der antifaschistischen Front spiele Hitler in die Hände und gebe ihm propagandistische Munition<sup>20</sup>.

Kein Wunder also, daß dieser Punkt die jüdischen Exilanten besonders beunruhigte. Die einen übten angesichts der Gefahren undosierter Behandlung der jüdischen Thematik in antifaschistischen Publikationen bewußt Zurückhaltung, andere hielten sich ganz im Hintergrund. In diesen Zusammenhang ist die Weigerung der bekannten Schriftstellerin Anna Seghers, an einem Sammelband mit Werken anderer deutscher Exilschriftsteller mitzuwirken, zu stellen<sup>21</sup>. Franz Schonauers Einschätzung, wonach eine große Zahl jüdischer Autoren in der Exilzeitschrift *Die Sammlung* den falschen Eindruck erwecken könnte, daß die Exilgemeinde nur aus Juden bestehe, zielt in eine ähnliche Richtung<sup>22</sup>.

### 3

Im Rahmen der Diskussion des sozialdemokratischen Judenbildes ist zu beachten, daß Vorbehalte der erwähnten Art auch von Juden geäußert wurden, die im Sozialismus Zuflucht vor der Judenfeindschaft gefunden oder ihn dazu benutzt hatten, ihr Judentum abzustreifen. Die psychologische Spannung zwischen Diskriminierung und Aufstiegsmöglichkeiten mag die gesellschaftliche Mobilität der deutschen Juden in der Weimarer Republik zusätzlich erhöht haben<sup>23</sup>. Doch gerade der abrupte Eintritt in die allgemeine Gesellschaft und die überproportionale Vertretung der Juden in Politik, Wirtschaft, Kunst, und den freien Berufen verstärkte die jüdenfeindlichen Projektionen von Wurzellosigkeit, Habgier und übersteigertem Geltungsbedürfnis in der breiten Bevölkerung. So verhielt es sich im wesentlichen auch im

---

<sup>20</sup> Vgl. den Brief von Sollmann an Paul Hertz vom 20.1.1936, Stadtarchiv Köln, Nachlaß Sollmann, IV-4-24, a-b.

<sup>21</sup> Hermann Kesten (Hg.), *Deutsche Literatur im Exil. Briefe europäischer Autoren 1933-1949*, Wien 1964, 48-49.

<sup>22</sup> Ebenda, 58-60.

<sup>23</sup> Peter Gay, *Weimar Culture: The Outsider as Insider*, New York 1968.

Hinblick auf die starke jüdische Präsenz im linken Lager. Das Mißverhältnis zwischen dem Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung und ihrem Anteil an den Parteimitgliedern war überaus deutlich. Während die Parteibasis oft nicht zwischen katholischen und protestantischen Vorstandsmitgliedern unterscheiden konnte, wußte sie über die jüdischen Parteivertreter bestens Bescheid<sup>24</sup>. Zudem scheint die jüdische Abstammung von SPD-Parteimitgliedern im politischen Kalkül der Partei gegen Ende der Weimarer Republik durchaus eine Rolle gespielt zu haben.

Die Machtübernahme Hitlers versetzte dem Parteigefüge der deutschen Sozialdemokratie einen vernichtenden Schlag und führte zur Entstehung von zwei getrennten Hauptlagern: Das eine Lager ging ins Exil und versuchte Hitler von dort aus zu bekämpfen. Das andere Lager beschloß, sich den neuen Umständen anzupassen. Zwischen März und Juni 1933 wurde deutlich, daß verschiedene Teile der deutschen Sozialdemokratie, vor allem in Gewerkschaftskreisen, beschlossen hatten, sich dem neuen Regime anzupassen. Darunter befanden sich einige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete unter Führung des ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe und dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Theodor Leipart. Nicht zufällig war Siegfried Aufhäuser, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) und einziger jüdischer Gewerkschaftsvertreter, nicht bereit, diesen Kurs mitzutragen und erklärte auf einer Gewerkschaftskonferenz im April 1933 seinen Rücktritt. In den Beratungen erkannten die Befürworter des Anpassungskurses bald, daß ein Arrangement mit den Nazis zunächst die Entfernung sämtlicher jüdischer Mitglieder aus der Partei erfordern würde. Kurz darauf erfolgten erste Schritte in diese Richtung<sup>25</sup>.

---

<sup>24</sup> Donald Lee Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge 1980, 72; Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967, 112.

<sup>25</sup> Dieses Kapitel ist in der Literatur bestens bekannt. Vgl. z.B. Gerhard Beier, „Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933“, *Archiv für Sozialgeschichte* 15 (1975), 365-392; Hendryk Skrzypczak, „Das Ende der Gewerkschaften“, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn 1984, 87-110; Peter Jahn, *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik*, Köln 1988; Michael Schneider, „Tolerierung-Opposition-Auflösung, Die Stellung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Regierungen Brüning bis Hitler“, in: Wolfgang Luthardt (Hg.), *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik*, Frankfurt am Main 1978, 150-219. Doch nur Jehuda Riemer und Shlomo Shafir untersuchen die Folgen des Opportunismus

Solcher Opportunismus war nicht neu. Bereits in den letzten Jahren der Republik hatte sich die SPD zuweilen der zunehmend verbreiteten jüdenfeindlichen Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit gebeugt. Um dem Vorwurf der Rechten, die SPD sei eine „Judenpartei“, nicht Vorschub zu leisten, mieden die Sozialdemokraten die Aufstellung jüdischer Kandidaten bei Kommunalwahlen<sup>26</sup>. Doch sind gewisse Anpassungsbedürfnisse in den frühen dreißiger Jahren vor dem Hintergrund der Lähmung der Partei und dem Streben nach mehr Popularität um jeden Preis noch verständlich, handelte es sich nun nicht mehr nur um den Opportunismus einzelner Ortsgruppen, sondern vielmehr um den Verzicht auf grundlegende Elemente des sozialistischen Ethos und um zynischen Verrat an gewissen Parteimitgliedern, die in jenen Monaten zweifellos traumatische Erfahrungen machen mußten. In Briefen an Mitglieder des Parteivorstands im Prager Exil erhob der ehemalige SPD-Politiker Fritz Naphtali schwere Vorwürfe gegen seine ehemaligen Parteikollegen. Die SPD, so Naphtali, habe sich einen jüdenfeindlichen Stil angeeignet, der bis zur Parteispitze vorgedrungen sei<sup>27</sup>. Erich Ollenhauer schrieb er folgendes:

„Denn seien wir doch ehrlich. Nicht nur Mitgliederschaft, sondern auch Bekleidung führender Stellen in der SPD und Antisemitismus haben sich nicht ausgeschlossen, dafür haben wir von März bis Juli oben und unten in der Partei zu viele Beispiele erlebt, die mir schmerzlicher waren, als die Schmähungen der Nazis.“<sup>28</sup>

Paul Hertz, Mitglied der Parteizentrale und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, auch er jüdischer Abstammung, räumte einige Jahre später ein, daß in der hitzig geführten Parteidebatte im Frühling 1933 latente antijüdische Gefühle zum Leben erwachten. Die Behauptung, daß die Juden ihres zu großen Einflusses wegen das Scheitern der

---

auf das Verhältnis zu den Juden in der SPD. Vgl. Jehuda Riemer, *Fritz Perez Naphtali, Sozialdemokrat und Zionist*, Gerlingen 1991; Shlomo Shafir, *Die ausgestreckte Hand. Die deutschen Sozialdemokraten und ihr Verhältnis zu den Juden und zu Israel 1945-1967* (hebräisch), Tel Aviv 1986, 15-29.

<sup>26</sup> Riemer, Perez Naphtali (Anm. 25), 199-204.

<sup>27</sup> Walter Zadek (Hg.), *Sie flohen vor dem Hakenkreuz*, 43-44.

<sup>28</sup> Jehuda Riemer, „Nach dem Zusammenbruch: Fritz Naphtali im Briefwechsel 1933-34“, *International Review of Social History*, 27 (1982), 345-6.

Arbeiterbewegung verursacht hätten, sei, so Hertz, eher im Vorstand als an der Basis verbreitet gewesen<sup>29</sup>.

Es wäre jedoch falsch, die judenfeindlichen Regungen in der SPD nur den Zeitumständen zuzuschreiben. Den Erinnerungen der SPD-Vorstandsmitglieder Friedrich Stampfer und Gustav Noske entnehmen wir, daß die Entfremdung der SPD von ihren jüdischen Mitgliedern nicht erst auf die Ereignisse von 1933 zurückzuführen war. Diese sei schon vorher vorhanden erfolgt und nur aus Gründen der politischen Korrektheit nicht an die Oberfläche getreten. Stampfer gibt in seinen Erinnerungen zu, daß in der Partei unterschwellig antisemitische Strömungen vorhanden waren, die sporadisch an die Oberfläche drangen<sup>30</sup>. Besonders aufschlußreich sind die Erinnerungen von Noske, der seine persönlichen Gefühle gegenüber den jüdischen Parteikollegen offen zum Ausdruck bringt. Jüdische Sozialisten wie der 1914 an der Front gefallene Ludwig Frankel oder der 1919 von einem rechtsextremen Attentäter ermordete Hugo Haase werden von Noske zwar überschwenglich gelobt, doch von der Gesellschaftspsychologie wissen wir, daß vom guten Verhältnis zu Einzelnen nicht auf die Änderung der negativen Haltung gegenüber der Gruppe, der diese Einzelpersonen angehören, geschlossen werden kann, und daß umgekehrt dieser Gruppe zugeordnete negative Eigenschaften nicht zwangsläufig das Verhältnis zu einzelnen Vertretern dieser Gruppe bestimmen. Bei Noske und anderen SPD-Vertretern ging die Wertschätzung für einzelne Juden einher mit dem verinnerlichten negativen Judenbild und mit der Stigmatisierung von jüdischen Parteimitgliedern osteuropäischer Herkunft als „ausländische Juden“. Diese entwurzelten Intellektuellen, die ihre jüdische Identität gegen den Internationalismus eingetauscht hatten, betitelte er pauschal als übersensible, pessimistische, arrogante und aggressive „Ausländerei“, die bei jeder Erwähnung des jüdischen Thema gereizt und überempfindlich reagierten. Doch mehr als an ihren persönlichen Merkmalen stieß sich Noske an ihrem angeblich schädlichen Einfluß auf die Arbeiterbewegung:

„Eine gewisse Ausländerei in der sozialdemokratischen Partei ging einer Anzahl von Mitgliedern je länger je mehr auf die Nerven [...] Es hat mit Antisemitismus nichts zu tun, wenn festgestellt wird, daß die ostjüdischen ‘Marxisten’ eine besondere Veranlagung dafür

---

<sup>29</sup> Nachlaß Paul Hertz, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam.

<sup>30</sup> Vgl. Friedrich Stampfer, *Erfahrungen und Erkenntnisse*, Köln 1957, 86.

besaßen, den Sozialismus zu einem Dogma auszubilden und Gemeinplätze in Glaubensbekenntnisse zu verwandeln.“<sup>31</sup>

Der Umstand, daß die negative Beurteilung der Juden bei Noske auf sozialwirtschaftlichen Argumenten und nicht wie bei den Rassisten auf der Zuordnung von „Erbveranlagungen“ beruht, ändert nichts an der Tatsache, daß die Identifizierung des Verhaltens jüdischer Einzelpersonen mit Gruppeneigenschaften an sich eine Stereotypisierung darstellt.

Aus Gründen der politischen Korrektheit fehlten antisemitische Bemerkungen in den SPD-Publikationen, ganz besonders nach der Machtübernahme der Nazis. Die Sopade-Berichte aus dem Reich über die Reaktionen im Reich verbliebener SPD-Vertreter zur judenfeindlichen Regierungspolitik machten jedoch keinen Hehl aus antisemitischen Regungen in der Partei und ihr nahestehenden Arbeiterkreisen. Dazu drei Beispiele:

„Ein uns nahestehender Genosse äußerte sich über die Rede [Goebbels Rede, NSDAP-Parteitag in Nürnberg 1935] : Ich glaube schon auch, daß es ein Fehler war, daß wir so viele Juden an unseren führenden Stellen hatten.“<sup>32</sup>

„Es gibt nicht wenige, die, obwohl keine Nationalsozialisten, dennoch in gewissen Grenzen damit einverstanden sind, daß man den Juden die Rechte beschneidet, sie vom deutschen Volke trennt. Diese Meinung vertreten auch sehr viele Sozialisten.“<sup>33</sup>

„Bei jungen, ehemaligen Parteigenossen [der SPD] kommt noch eins hinzu: Die Partei hat versagt, weil lauter Juden in der Führung waren.“<sup>34</sup>

Wie ist diese Schadenfreude zu erklären? War es der Zerfall des Klassenbewußtseins in der von Antisemitismus durchdrungenen Stimmung im Dritten Reich oder die Suche nach einem Sündenbock für die eigene Ohnmacht? Und selbst wenn hier der Ansatz der Erklärung liegt, wie ist die Wahl des Sündenbocks zu erklären? Warum wurden ausgerechnet die Juden

---

<sup>31</sup> Gustav Noske, *Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie*, Offenbach 1947, 27, 148; Pulzer, *Jews and the German State* (Anm. 1), 161.

<sup>32</sup> *Deutschland-Bericht der Sopade*, Frankfurt am Main 1980, Bericht für September 1935, 1021.

<sup>33</sup> Ebenda, Bericht für Januar 1936, A 19, 26.

<sup>34</sup> Ebenda, Bericht für Februar 1936, A 5, 157.

für die Mißerfolge der Partei verantwortlich gemacht? Es scheint, als ob jene Bewußtseinspaltung, die Saul Friedländer bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung von damals diagnostiziert, auch bei ehemaligen Mitgliedern der SPD anzutreffen war<sup>35</sup>. Nicht selten paarte sich auch unter Sozialdemokraten Entsetzen über die brutalen Methoden der Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft mit der Genugtuung über den Schritt an sich. Die Vorwürfe gegen die Juden reflektierten offensichtlich Standpunkte, die in der Sozialdemokratie stets latent vorhanden gewesen waren und nun von jenen vorgebracht wurden, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit judenfeindlich eingestellt waren.

Die Etikettierung der Juden als Gruppe mit negativen Charaktereigenschaften beschränkte sich nicht auf die judenfeindliche Stimmung in Nazideutschland. Beispiele für die Verbreitung solcher Stereotype liefert auch die sozialistische Exilpresse. Die Juden, heißt es an einer Stelle, hätten „überheblich-intellektuellen Führungsanspruch“<sup>36</sup>. Ein anderer Schreiber ordnet den Juden besondere Eigenschaften aufgrund ihrer kulturellen Zugehörigkeit zu: „Die Juden haben sich selbst eine besondere Begabung nachgesagt, die sie im überdurchschnittlichen Maße zum Journalisten, Psychologen, Methodenforscher befähigen und sie das Hauptkontingent der reproduzierenden Künstler stellen läßt. Ebenso gilt das jüdische Intellektualismus spezifisch für den abstrakten Stil des Denkens, das mangelnde Empfinden für gefühlsmäßige Werte, die nun einmal gerade in der Politik eine besondere Rolle spielen.“ Aus diesem Grunde sei die von Juden formulierte sozialistische Theorie für das Proletariat unverständlich geblieben. Dieser Graben zwischen der Intelligenz und der Arbeiterschaft habe sich für den deutschen Sozialismus als fatal erwiesen und zur Entfremdung der Arbeiterklasse sowie zu ihrer Annäherung an die Rechte geführt<sup>37</sup>.

Ein besonders anschauliches Beispiel dafür, daß es auch unter den Sozialdemokraten, die Hitler aus dem Exil bekämpften, Stimmen gab, die den Juden immanente negative Eigenschaften der „Zersetzung durch undeutsche Strömungen“ nachsagten, ist der Brief von Georg Reinbold an die SPD-Zentrale im Oktober 1935. Der nach der Machtübernahme der Nazis aus Deutschland geflüchtete SPD-Politiker aus Baden vertrat die Parteizentrale in

---

<sup>35</sup>Vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung*, München 1998, 72ff., 180ff.

<sup>36</sup> E.P., „Arbeiterbewegung und Judenproblem“, *Freies Deutschland*, 26. August 1937.

<sup>37</sup> Esch, „Zur Judenfrage“, *Freies Deutschland*; Cf. K. Singer, „Antisemitische Bekämpfer des Antisemitismus“, ebenda, 9.9. 1937; Thomas, „Zur Diskussion der Judenfrage“, ebenda, 9.12.1937.



Luxemburg und Basel. Der Hintergrund von Reinholds Brief an die Parteizentrale war der Aufsatz von Richard Löwenthal über das Wesen des Faschismus in der *Zeitschrift für Sozialismus*. Reinhold reagiert darauf mit folgenden Vorwürfen:

„Es kann es nicht geben, daß durch eine Schar jüdischer Intellektueller alles, was deutsches Empfinden ist, zu Boden getrampelt wird, nur weil diese Kreise nicht im Sinne einer Nation und ihrer Bedürfnisse zu denken vermögen [...] Wir leiden an einem Gift der Zersetzung durch undeutsche Strömungen, die hineingetragen werden durch eine Schar Intellektueller, die meistens nur als Juden denken können. Man sehe sich mal die Verfasser der verschiedenen Artikel in der vorliegenden Zeitschrift an. Mir tut der arme Sollmann leid, daß er mit seiner gesunden deutschen Ansicht in einer solchen Gesellschaft erscheinen muß. Das schmerzlichste war mir immer, wenn ich bei Ausbürgerungen unserer prächtigen deutschen Genossen, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind sie in der Gesellschaft von all den Veilchenbaum und Apfelblüte usw. sehen mußte.“<sup>38</sup>

Die Parteivertreter, die dieser Brief erreichte, stellten fest, daß sich Reinholds Worte angesichts des ideologischen Hintergrunds der verwendeten Begriffsbilder auf einem schmalen Grat zwischen Sozialismus und Antisemitismus bewegten. Die Reaktionen waren gemischt. Während die einen den Ausschluß Reinholds aus der Partei forderten, spielten andere die Bedeutung des Briefes herunter und führten Reinholds Verwendung gewisser Begriffe auf die altbekannte Spannung zwischen der Parteibasis und der jüdischen Parteiintelligenz zurück. Tatsächlich hat der Graben zwischen den jüdischen Intellektuellen und den ungebildeten deutschen Arbeitern stets zu Spannungen in der deutschen Linken geführt, wie sie etwa in den Schriften von Wilhelm Haselmann zum Ausdruck kommen. Richtig ist zudem, daß auch zentrale Figuren der sozialdemokratischen Partei wie August Bebel, Eduard David und Karl Kautsky die Juden zuweilen mit so unfreundlichen Attributen wie Ruhm- und Schmähsüchtigkeit, Kleinlichkeit und Taktlosigkeit bedacht hatten<sup>39</sup>.

---

<sup>38</sup> Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich Ebert Stiftung, Sopade, Mappe 91, 26.10.1935. Löwenthal war ein marxistischer Theoretiker jüdischer Abstammung. Seine politische Theorie hat die Faschismustheorien von Otto Bauer und Franz Neumann beeinflusst.

<sup>39</sup> George L. Mosse/Steven George Lampert, „Weimar Intellectuals and the Rise of National Socialism“, in: Joel E. Dimsdale (Hg.), *Survivors, Victims and Perpetrators, Essays on the Nazi Holocaust*, Washington 1980, 94.

Dennoch dürften Reinbolds Vorbilder aus einem anderen Lager gestammt haben: Das Meiden von jüdischer Gesellschaft, die Betrachtung der Juden als Antithese alles Deutschen und die Darstellung der Juden als Gruppe mit Interessen, die denjenigen der deutschen Nation widersprachen, sind der Begriffswelt des konservativ und rassistisch geprägten Antisemitismus zuzuordnen. Das Motiv des „zersetzenden jüdischen Einflusses“ auf Volk und Rasse war sehr verbreitet und im antisemitischen Diskurs jener Zeit vermutlich zentral. Hierzu verweise ich auf das Tivoli-Programm der Deutschkonservativen Partei und die Schriften von Hans Blüher, Paul de Lagarde, Julius Langbehn und Werke anderer Autoren des antisemitischen und natürlich auch des nationalsozialistischen Lagers<sup>40</sup>.

Es erstaunt nicht, daß Reinbolds Brief auch zornige Reaktionen hervorrief. Einige Parteivertreter bezeichneten ihn als „Faschisten“. Eine offizielle Stellungnahme oder ein Zurechtweisung Reinbolds durch den SPD-Vorstand blieb jedoch aus. Statt dessen begnügte sich der Parteivorstand auf einer Sitzung im Mai 1936 damit, den Zugang zu diesem Brief zu beschränken<sup>41</sup>. Die zurückhaltende Reaktion des Parteivorstand scheint darauf hinzudeuten, daß sie bestrebt war, die jüdischen Angelegenheiten von der Tagesordnung der Partei abzusetzen, da befürchtet wurde, Meinungen wie die Reinbolds könnten auch in Exilkreisen Widerhall finden. Dies geht jedenfalls aus der Korrespondenz zwischen Wilhelm Sollmann und Paul Hertz aus jener Zeit hervor. Sollmann und Hertz stellten übereinstimmend fest, daß sich in der Partei im Exil eine Art Rassentrennung und eine Zunahme antisemitischer Tendenzen unter den Parteimitgliedern bemerkbar mache. Sollmann stützte seine Einschätzung unter anderem auf Briefe, die ihn erreicht hatten und in denen sich die Schreiber

---

<sup>40</sup> Zu den antisemitischen Punkten im Tivoli-Programm, vgl. Christian Schubert, *Die Rezeption des Antisemitismus in der Deutschkonservativen Partei in der Caprivizeit (1890-1914)*, Magisterarbeit, Universität Hamburg/ neuzeitliche und Zeitgeschichte 1998. Zu den antisemitischen Schriften von Blüher, Langbehn und de Lagarde, siehe: Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr*, München 1986; George L. Mosse, *Die Geschichte des Rassismus in Europa*, Frankfurt am Main 1996; Peter Emil Becker, *Wege ins Dritte Reich, Teil 2: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und völkischer Gedanke*, Stuttgart-New York 1990; Ulrike Paul, „Paul de Lagarde“, in: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hg.), *Handbuch der Geschichte der völkischen Bewegung*, München 1996, 49-89.

<sup>41</sup> Marlis Buchholz/ Bernd Rother (Hg.), *Der Parteivorstand der SPD im Exil*, Bonn 1995, 158.

darüber beklagt hätten, daß die Parteiorgane fast nur den Juden zur Veröffentlichung ihrer Anliegen zur Verfügung stünden<sup>42</sup>.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein Dokument aus dem Nachlaß von Paul Hertz im Internationalen Institut für Gesellschaftsgeschichte in Amsterdam.<sup>43</sup> Es handelt sich um ein geheimes Memorandum von Paul Hertz aus dem Jahre 1940. Das SPD-Vorstandsmitglied Hertz hat sich nach der Emigration in die Vereinigten Staaten von der Partei entfernt und sich der radikaleren Gruppierung „Neu Beginnen“ angeschlossen<sup>44</sup>. In dem Memorandum stellt Hertz die verbreitete Anschauung in Frage, daß der Antisemitismus in Deutschland nicht von den Massen unterstützt werde. Der Antisemitismus, stellt Hertz entschieden fest, habe sich zu einem Grundfaktor der deutschen politischen Kultur entwickelt, und besonders die junge Generation, die der NS-Propaganda ausgesetzt gewesen sei, habe ihn verinnerlicht. Auch unter den Hitlergegnern, so Hertz weiter, fänden sich Befürworter des Antisemitismus und sogar solche, die willens seien, sich durch Judenhaß die Gunst der Massen für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zu sichern. Zum Brief von Reinbold meinte Hertz, das Problem sei nicht dessen persönliche Meinung, sondern der Umstand, daß sie von anderen Sozialisten geteilt werde. Diese Sozialisten erklärten in aller Offenheit, die Juden seien eine fremde Rasse, die Deutschland geistig unter ihre Kontrolle gebracht hätten, und seien bereit, die Vorurteile in konkrete judenfeindliche Politik umzuwandeln, d.h. die Rechte der Juden nach Hitler nicht voll wiederherzustellen, sondern sie wie eine Minderheit zu behandeln. Wer öffentlich solche Schritte befürworte, so Hertz, fürchte offensichtlich die Konkurrenz der Juden und fordere auch die Einführung gesetzlicher Diskriminierung. Hertz' Schlußfolgerungen sind sehr düster: Der Antisemitismus in Deutschland werde auch nach Hitler weiterexistieren. Sein einziger Trost sei, daß die junge Generation im sozialistischen Lager nicht bereit sei, dem

---

<sup>42</sup> Hertz an Sollmann, 14.1.1936, Nachlaß Sollmann, Stadtarchiv, Köln, Bestand 1120, Nr. 562, IV-4-19, a, b; Sollmann an Hertz, 20.1.1936, ebenda, IV-4-24, a, b. Hertz an Sollmann, 14.2.1938, Nachlaß Sollmann, ebenda, Bestand 1120, Nr. 420, Brief 9.

<sup>43</sup> Ich möchte mich hier bedanken bei Ursula Langkau-Alex für die deutsche Fassung des Dokuments.

<sup>44</sup> Ursula Langkau-Alex, „Paul Hertz“, in: Peter Lösche/Michael Scholing/Franz Walter (Hg.), *Vor dem Vergessen bewahren*, Berlin 1988, 145-169.

Nationalismus und dem Antisemitismus in irgendeiner Form entgegenzukommen, schreibt Hertz<sup>45</sup>.

Die extremen Feststellungen und pauschalen Verallgemeinerungen von Paul Hertz scheinen auf den ersten Blick fragwürdig. Dies um so mehr, als wir für die schweren Vorwürfe keine Bestätigung finden können und dazu auch keine weiteren Quellen vorhanden sind. Zudem sind der Zweck des Memorandums und der Grund für dessen Klassifizierung als Geheimdokument unbekannt. Doch selbst wenn Hertz mit seiner Einschätzung des Ausmaßes und der Verbreitung des Antisemitismus im sozialdemokratischen Lager übertreibt, sind seine Behauptungen insofern wertvoll, als sie Aufschluß darüber geben, wie ein assimiliertes jüdisches Führungsmittglied der deutschen Sozialdemokratie die Haltung seiner Parteigenossen gegenüber Juden beurteilte.

Zusammenfassend und zur Vermeidung von Mißverständnissen sei betont, daß hier nicht behauptet wird, die deutsche Sozialdemokratie habe in einer antisemitischen Tradition gestanden. Sie war vielmehr weit vom politischen Antisemitismus entfernt. Jedenfalls gingen von ihr keine judenfeindlichen politischen Impulse aus. Im Gegenteil: Sie verurteilte solche Politik. Andererseits ist der Kampf gegen den Antisemitismus nur ein, wenn auch wichtiger Aspekt des Verhältnisses der SPD zur „Judenfrage“, der sich nicht mit dem damaligen Judenbild der Partei zu decken braucht. Hat doch die deutsche politische Kultur des 19. und 20. Jahrhunderts offensichtlich Judenbilder genährt, die sowohl von der Rechten als auch von der Linken absorbiert wurden. Teile der Linken waren mit einer Einstellung behaftet, die als passiver kultureller Antisemitismus bezeichnet werden könnte, mit denselben antijüdischen Vorurteilen, wie sie auch bei den anderen Parteien verwurzelt waren. Jenseits der politischen Rivalität und sämtlicher ideologischer und politischer Trennlinien wurden die Juden übereinstimmend als Fremde betrachtet.

Die vulgären Stereotype der antisemitischen Bewegungen – die Ausgrenzung der Juden aus der Nation oder gar aus der Menschheit – wurden von den Sozialdemokraten nie übernommen, doch spöttische Bemerkungen über „jüdische Charaktereigenschaften“ oder Verachtung der Juden als bürgerliche Gruppe waren ihnen nicht fremd. Gleichgültig für wie fortschrittlich sie sich hielten, wie viele jüdische Freunde sie hatten oder wie groß der Anteil der Juden im eigenen politischen Lager war, bei vielen Sozialdemokraten war das Verhältnis zu Juden von der charakteristischen Dichotomie geprägt, wie sie etwa in dem apologetischen Satz „einige meiner besten Freunde sind Juden“ zum Ausdruck kommt, d.h. von

---

<sup>45</sup> Nachlaß Paul Hertz, International Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, XII, 19.

freundschaftlichen Beziehungen zu Juden im Privaten und von der Betrachtung der Juden als Fremdkörper auf gesellschaftlicher Ebene. Das auch in linken Kreisen verwurzelte negative Judenbild bzw. die Juden nachgesagte Kleinlichkeit, Überheblichkeit, Arroganz etc. brachten jene Schadenfreude hervor, die in den erwähnten linken Reaktionen zur antisemitischen Gesetzgebung zum Ausdruck kam. Hierbei scheint mir noch wichtig zu betonen, daß es völlig unerheblich ist, auf welcher Gesinnung oder welchen Beweggründen dieses Judenbild beruhte. Selbst wenn eine edle Gesinnung dahinterstand, etwa die Befürwortung einer „fortschrittlichen“ Lösung, die Schaffung einer homogenen Gesellschaft unter restloser Assimilierung der Juden, dürfen wir den breiteren Kontext dieser Standpunkte nicht aus den Augen verlieren, nämlich wie nahe die geistige Bildwelt eines Teils der Sozialdemokratie mit derjenigen der konservativen oder sogar der rassistischen Rechten verwandt war und wie stark auch in diesem Lager die Ansicht verbreitet war, daß das Eindringen von Juden in die deutsche Politik ihr Scheitern verursacht hat. Obwohl die geistigen Bilder der Linken nicht mit den groben Stereotypen der Nazis übereinstimmen und nicht auf denselben Inspirationsquellen beruhen, offenbarten sie dennoch ein Gefühl der kulturellen Überlegenheit gegenüber den Juden und zementierten durch deren Ausgrenzung den Mythos ihrer Fremdheit.

Aus dem Hebräischen: David Ajchenrand